



Evangelische Volkspartei  
Kanton Solothurn



André Wyss  
Kantonsrat Solothurn

## Sessionsbericht 9./10./17. Mai 2023

Die Mai-Session hatte keine «grossen Brocken» zu bieten, jedoch einen bunten Strauss an verschiedenen Themen.

Am engsten wurde es bei einem Auftrag, welcher eine [Stellvertretungs-Lösung bei Mutterschaft](#) verlangte. Auf den ersten Blick scheint es, kann man kaum gegen ein solches Anliegen sein. Ganz so einfach ist es aber nicht. Denn: Auch wenn dies vielleicht von der Öffentlichkeit anders wahrgenommen wird, kann ein Kantonsrat nicht so einfach ersetzt werden. In der Regel dauert es ca. ein Jahr, bis man sich in den Ratsbetrieb und insbesondere in die Kommissionsarbeit eingelebt hat. Eine kurzfristige Stellvertretung macht daher kaum Sinn. Zudem ist es normal, dass pro Session ca. 5 Personen (aus verschiedenen Gründen) fehlen. Deswegen verändert sich das Abstimmungsverhalten nicht wesentlich. Und es scheint auch nicht logisch, dass eine Absenz aufgrund Mutterschaft zu einer Stellvertretung berechtigt, bei anderer unverschuldeter Abwesenheit – zum Beispiel aufgrund Krankheit oder Unfall – aber nicht. Trotz aller Fragezeichen und Widersprüche stimmte eine verhältnismässig knappe Mehrheit (48:38 bei 8 Enthaltungen), ohne meine Unterstützung, dem Auftrag zu – allerdings weniger aus sachlicher Überzeugung und mehr aus «gesellschaftlichem Druck» heraus, wie hinter vorgehaltener Hand von einigen «Befürwortern» zu erfahren war. Da bevorzuge ich es, zu meiner Meinung zu stehen.

Der Kanton Solothurn leistet jährlich [Beiträge an die Pensionskassen](#) der römisch-katholischen, der christkatholischen und der evangelisch-reformierten Geistlichen. Es handelt sich einerseits um einen Sockelbeitrag von 8'000 Franken und um einen prozentualen Beitrag von 4% der versicherten Besoldungen (ergibt rund 400'000 Franken). Eine solche finanzielle Unterstützung in Form von Staatbeiträgen an die Pensionskassen von den Kirchen erscheint heute nicht mehr zeitgemäss. Auf die Ausrichtung soll darum ab dem Jahr 2027 verzichtet werden. Der Kantonsrat hat dieser Änderung klar zugestimmt, sachlich gab es kaum

Argumente, weiterhin daran festzuhalten. Im Rahmen meines Kommissionsvotums liess ich es mir aber nicht nehmen, auf die wertvollen Dienste der Kirchen – auch für Nicht-Kirchenangehörige – aufmerksam zu machen. Die gestrichenen Beiträge dürften so indirekt eher zu Lasten der Allgemeinheit gehen.

Vor rund einem Jahr fand die Debatte zu meiner Interpellation zum Thema [«Menschenrechtsverletzungen»](#) statt. Daraus entstand ein Auftrag, der verlangte, dass der Regierungsrat im Rahmen der Verhandlungen zum nächsten Leistungsauftrag der FHNW die Menschenrechte «thematisiert». Die Mehrheit des Kantonsrates verstand eine solche Forderung als Einmischung in die Aussenpolitik des Bundes und lehnte die an sich sehr moderate Forderung mit 34 Ja-Stimmen und 50 Nein-Stimmen sowie einigen Enthaltungen ab. Immerhin wurde einmal mehr über das Thema gesprochen, was ein gewisses Signal und darum bereits ein kleiner Erfolg ist.

Bei einem Auftrag ging es um die [Angleichung der Dauer bei der Sekundarstufe I](#) für alle Anforderungsniveaus auf 3 Jahre. Aktuell dauert die sogenannte Sek P nur zwei Jahre, anschliessend gehen die Schüler ans Gymnasium – auch wenn sie eigentlich nach Abschluss der elfjährigen Schulpflicht eine Berufslehre starten möchten. Dieser «Systemfehler» wurde schon verschiedentlich hinterfragt, weshalb der Auftrag leichtes Spiel hatte und klar angenommen wurde. Da die verschiedenen Auswirkungen genau geprüft werden sollen, handelt es sich aber vorerst nur um einen Prüfauftrag. Ob, wie und wann die Umstellung dann erfolgt, wird sich noch zeigen müssen.

### In Kürze

Behandelt wurden viele Interpellationen, dabei ging es unter anderem um die [Biodiversität](#), die [Solothurner Spitäler](#), die [Kinder- und Jugendpolitlage](#) und die [Spitex](#). Die nächste Session findet am 27./28. Juni und 5. Juli 2023 statt.

*André Wyss*

### Persönlich

Mit grosser Mithilfe von EVP-Präsident und Primarlehrer Elia Leiser habe ich einen neuen Auftrag mit dem Titel **«Richtlinien Künstliche Intelligenz für Bildungseinrichtungen»** eingereicht.

Ein weiterer Auftrag ist die Folge der von uns eingebrachten und im Januar 2023 diskutierten Interpellation zum Thema **«Menschenhandel und Arbeitsausbeutung im Kanton Solothurn»**. Aufgrund der Rückmeldungen von Regierungsrat und Parlament haben wir einen Auftrag nachgereicht, mit dem Ziel, dass diese Themen in der neuen Legislaturperiode stärker gewichtet werden.

Die beiden Aufträge können auf meiner Webseite abgerufen werden.

Beim Geschäft **«Pensionskassenbeiträge für Geistliche»** war ich Kommissionssprecher. Beim Thema **«Menschenrechtsverletzungen»** hielt ich ein Einzelvotum.